# Wilsdruffer Tageblatt

**Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.**

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 1 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 1,20 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Annahmestellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

**Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.**

Nr. 41. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch den 17 Februar 1926


## Steuersenkung?

Deutsche Finanzminister der Nachkriegszeit haben genau das gleiche Schicksal wie die der Vorkriegszeit, wie überhaupt jeder Finanzminister: sie sind unpopulär. Denn Steuern zahlt niemand gern und es ist schon ein Zeichen leichter Geistesverwirrung, wenn jemand behauptet, es freue ihn, hohe Steuern zahlen zu müssen, weil sich daraus ergebe, daß er — viel Geld verdiene. Der neue deutsche Reichsfinanzminister Dr. Reinhold will aber populär werden und hat das bekanntlich im Reichstag dadurch bewerkstelligt, daß er eine erhebliche Steuersenkung in Aussicht stellte.

Über die sachliche Notwendigkeit einer solchen Steuersenkung sind sich in Deutschland wohl alle einig, denn selbst die schärfsten Ultraradikalen behaupten höchstens noch in Volksversammlungen oder Agitationsreden, daß zu wenig Steuern gezahlt werden. Nun hat der Reichsfinanzminister seine Kollegen aus den Länderregierungen für Freitag dieser Woche nach Berlin gerufen, um mit ihnen die Auswirkungen der beabsichtigten Steuersenkung auf die Finanzen der Länder und Gemeinden zu beraten. Um nur ein Beispiel zu nehmen: die Senkung der Umsatzsteuer von 1 % auf 0,6 % des Umsatzes wird sich sehr erheblich auf die Finanzen der Länder und Gemeinden auswirken, da diese prozentual mit einem festen Satz von 25 % am Ertrag der Umsatzsteuer beteiligt sind. Dieser Ertrag ist für 1926 auf 1350 Millionen Mark veranschlagt, so daß eine Herabsetzung um 40 % eine sehr erhebliche Ertragsminderung bedeuten würde. Ob die Länder damit sehr einverstanden sein werden, ist fraglich. Die Länder werden — das muß man leider nach den bisherigen Erfahrungen annehmen — auf einen Ersatz ihres Einnahmeausfalls dringen. Man hat so lange aus dem vollen gelebt, daß man sich in den Ländern, vor allem aber in den Kommunen, nur schwer zu der so bitter notwendigen Sparsamkeit entschließen kann.

Für die Masse der Steuerzahler kommt es aber nicht bloß auf eine Steuersenkung an, sondern nicht minder auf eine durch sie bewirkte Preissenkung. Dr. Reinhold hat das Ausmaß dieser Steuersenkung auf etwa 550 Millionen berechnet, die aber nur den Mindererertrag gegenüber dem bisherigen Steuerertrag darstellt. Wie groß nun der wirkliche Ertrag werden wird, läßt sich natürlich erst nach dem 1. April übersehen; doch kann man aus den bisherigen Monatsmeldungen leider schon das eine sagen, daß die Steuereinnahmen gesunken, die Ausgaben aber namentlich infolge der Erwerbslosenfürsorge über den Voranschlag hinausgegangen sind, so daß bei einer Herabsetzung des Steuersolls noch auf einen größeren Mindererertrag zu rechnen ist, als der Reichsfinanzminister annimmt.

Die Spanne muß — was nicht oft genug wiederholt werden kann — angepackt werden von der Ausgabenseite her, also durch Herabsetzung der Reichs-, Länder- und Gemeindeausgaben. Gerade hierin liegt aber mit die Hauptursache für die Wirtschaftslage. Eine Herabsetzung der Steuern wäre möglich, wenn der Verwaltungsapparat, weniger personell als sachlich, nicht so aufgebläht wäre. Die eigenartige Konstruktur des Deutschen Reiches steht hier hemmend im Wege und mit größter Eifersucht wachen Länder wie Gemeinden darüber, daß nicht etwa das Feld ihrer staatlichen Betätigung eingeengt wird zugunsten des Reiches. Das läßt sich wohl erklären, aber man kann die Lösung nur von der Seite her anfassen, daß die gesamte öffentliche Betätigung möglich stark zurückgeschraubt wird und damit Kosten persönlicher und sachlicher Art erspart werden.

Das ist schon deswegen notwendig, weil auf der anderen Seite jene Ausgaben am stärksten im Steigen sind, auf deren Höhe die Verwaltungen gar keinen Einfluß haben: das sind die deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Kriege. Es wird nachgerade allerhöchste Zeit, daß sich die führenden Männer grundsätzlich auf diese Notwendigkeit einstellen, weil das Schicksal nicht bloß der deutschen Wirtschaft, sondern das Schicksal der Gesamtstaaten Deutschlands davon abhängt. Es ist nicht anzunehmen, daß im Falle unserer Zahlungsunfähigkeit die Ententekommissare sehr säuberlich und rücksichtsvoll mit uns verfahren werden; nach den Erfahrungen, die wir in dieser Hinsicht mit unserer Reichsbahn und ihrem Kommissar gemacht haben, leider täglich machen und in Zukunft wohl machen werden, ist irgendwelche Rücksichtnahme auf deutsche wirtschaftliche Dringlichkeiten nicht zu erwarten.

Die Konferenz der Finanzminister steht also vor einer nicht gerade bedeutungslosen Aufgabe, immerhin ist die wirtschaftliche Notlage derart, daß selbst eine so zusammengesetzte Konferenz zu energischen Beschlüssen kommen muß.

## Deutsche politische Gefangene.

### Die Opfer des besetzten Gebietes.

Der Ausschuß für die besetzten Gebiete beschäftigte sich mit der Frage der von den Franzosen in Gefängnissen gehaltenen deutschen politischen Gefangenen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. von Dryander (Dtn.) teilte Generalkommissar Schmid mit, daß etwa 180 bis 190 Gefangene in Gefängnissen des besetzten Gebietes sich befinden. In belgischen Händen sind es weniger als zehn Reichsdeutsche, in englischem Gewahrsam sind es zehn bis zwölf Personen, während der Rest von 160 bis 170 Personen sich in Händen der Franzosen befindet. Der überwiegende Teil der Gefangenen ist wegen gemeiner Delikte verurteilt worden. Etwa 20 Personen sind verurteilt aus Handlungen, welche Verstöße gegen die Ordonnanzen bedeuten; man kann bei diesen Fällen annehmen, daß die Betreffenden wohl auch aus politischen Gründen sich vergangen haben.

Gleichwohl sind diese Personen nicht als politische Gefangene im engeren Sinne, d. h. im Sinne der Ruhrkämpfer anzusehen. Die politischen Gefangenen im engeren Sinne sind auf Grund des Artikels 7 des Londoner Abkommens restlos in Freiheit gesetzt worden. Das Reichskommissariat in Koblenz ist zurzeit in Unterhandlungen mit der Rheinlandkommission wegen Erlaß oder Milderung der Freiheitsstrafen. Ein Abschluß dieser Verhandlungen ist in Bälde zu erwarten. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die gefangenen Reichsdeutschen durch das Rote Kreuz betreut werden.

# Drummond bei Dr. Stresemann

### Die Zusammensetzung der deutschen Delegation.

Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, setzte am Dienstag seine Besprechungen im Auswärtigen Amte fort. Die Verhandlungen wurden diesmal in Gegenwart von Außenminister Dr. Stresemann selbst geführt, im Beisein von Staatssekretär v. Schubert und Geheimrat v. Bülow. Mittags gab Dr. Stresemann Herrn Drummond ein Frühstück, bei dem der Generalsekretär des Völkerbundes auch den Reichskanzler kennenlernte. An dem Frühstück nahmen u. a. noch der englische und französische Botschafter mit ihren Gattinnen teil.

Von zuständiger Seite wird bemerkt, daß die Zusammensetzung der deutschen Delegation für die Märztagung des Völkerbundes bisher noch in keiner Weise feststeht. Es wird Wert darauf gelegt, daß auch durchaus noch nicht geklärt ist, ob Reichskanzler Dr. Luther selbst nach Genf reisen wird, um ebenfalls an der Sitzung, in der Deutschland zum erstenmal an den Beratungen des Völkerbundes teilnimmt, zugegen zu sein. Im übrigen wird selbstverständlich der Reichsaußenminister Dr. Stresemann nach Genf gehen, und in seiner Begleitung werden aller Wahrscheinlichkeit nach Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus sich befinden.

## Das Aufhören der Militärkontrolle.

### Eine Erklärung Chamberlains.

Im Unterhause sagte Chamberlain in Erwiderung auf eine Anfrage, er sei nicht in der Lage, ein genaues Datum zu nennen, zu dem die Kontrollkommission aus Deutschland zurückgezogen wird, denn dies müsse von der Erfüllung der in der Note der Botschafterkonferenz vom 16. 12. 1925 verzeichneten deutschen Verpflichtungen abhängen. Wenn die Kommission ihre Aufgabe erfolgreich zum Abschluß gebracht haben werde, dann würden die nötigen Schritte unternommen werden, um dem Völkerbund das Aufhören der alliierten Militärkontrolle mitzuteilen.

In Erwiderung auf eine andere Anfrage sagte Chamberlain: Vor Räumung der Kölner Zone am 1. Oktober 1925 waren die Zahlen der alliierten Besatzungstruppen im Rheinland die folgenden: Engländer 9000 Mann, Franzosen 73 100 Mann, Belgier 17 100 Mann. Am 1. Februar 1926, das heißt unmittelbar nach der Räumung Kölns, waren die Zahlen annähernd folgende: Engländer 7800, Franzosen 59 000, Belgier 7500.

## Das Volksbegehren genehmigt.

### Eintragungsfrist vom 4. bis 17. März.

Die Reichsregierung hat, wie offiziös mitgeteilt wird, die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens über die Enteignung der Fürstenvermögen beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind.

Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen. Den Inhalt des Gesetzentwurfs, der eine völlig entschädigungslose Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen und daß dann der weitergehende, mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.

Die Eintragungsfrist für das Volksbegehren wird auf die Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt.

## Die Feme-Untersuchung.

### Feme-Ausschuß des Preuß Landtages.

Dienstag morgen trat der vom Preußischen Landtag eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung der vielbesprochenen Angelegenheit der sog. Fememorde zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Der Ausschuß besteht aus 21 Mitgliedern; Berichterstatter ist der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner, Vorsitzender der dem Zentrum angehörende Landgerichtsdirektor Goebel.

### Beweisaufnahme.

Landgerichtsdirektor Goebel führt zunächst in Richtigstellung irriger Pressemeldungen über die Aufgaben des Ausschusses aus: Nach dem ursprünglichen Antrage sollte der Landtag beschließen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Beziehungen zwischen Fememördern, deutschnationalen Abgeordneten und Arbeitgeberverbänden aufklärt. Der Ausschuß hat also nicht die Aufgabe, die sogen. Fememorde aufzuklären, die zu den Aufgaben des im Reichstage eingesetzten Untersuchungsausschusses gehört. Zur Beweisaufnahme erhält als erster das Wort der

### Vertreter des Preußischen Innenministeriums.

Ministerialrat Strömer betont, daß er alle seine Mitteilungen aus dem dem Innenministerium vom Berliner Polizeipräsidium erstatteten Bericht und aus sonstigen Akten des Ministeriums entnehme. Weiter sagt der Referent zu den Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitungen, wonach die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dem Zentralverband der Landarbeiter ein Darlehen in Höhe von 5000 Mark gegeben habe, und zwar zur Verwendung zugunsten des Oberleutnants a. D. Schultz, der der Beteiligung an verschiedenen Fememorden verdächtig ist. Da sich aus diesen Veröffentlichungen der Verdacht einer strafbaren Handlung ergab, nämlich der Verdacht einer Begünstigung, hat der Polizeipräsident von Berlin ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, in dem eine Reihe von Zeugen eingehend vernommen worden sind. Nach Abschluß der Vernehmungen hat der Polizeipräsident von Berlin am 12. Januar 1926 eine Veröffentlichung gegeben, in der er das bisherige Ergebnis seiner Ermittlungen bekanntgab. Zugleich ging auch ein Bericht über dieses Ergebnis an das Innenministerium. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Darlehen zur Unterstützung des Oberleutnants z. D. Schultz verwendet worden ist. Ob die beteiligten Herren der Arbeitgeberverbände gewußt haben, wie die Darlehensgelder verwendet werden könnten, ist nur bezüglich des Herrn von Zenge wahrscheinlich, da diesem bereits früher durch den Abg. Meier ausdrücklich der Zweck, die Unterstützung des Schultz, angegeben worden ist. Dem Geschäftsführer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat Zenge davon keine Mitteilung gemacht. Zenge selbst bestreitet auch, etwas über die Verwendung des Darlehens gewußt zu haben. Nach seiner Auffassung sollte das Darlehen an den Zentralverband der Landarbeiter lediglich den Zweck haben, den Abg. Behrens und den Zentralverband der Landarbeiter der Arbeitgebervereinigung zu verpflichten. Der Leiter der Arbeitgebervereinigung, Herr von Borsig, erklärt, erst nach den Pressemitteilungen Kenntnis von diesem Darlehensgeschäft erhalten zu haben, und betont daß er niemals ein solches Darlehensgeschäft zugegeben haben würde.

### Bericht des Justizministeriums.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte erstattet Oberjustizrat Würtz den Bericht des Justizministeriums, der sich zum großen Teil mit dem Bericht des Vertreters des Innenministeriums deckt. U. a. führt er aus: Aus den durch Sachverständige nachgeprüften Büchern hat sich ergeben, daß seitens des Ausschusses für nationale Aufklärung im August 20 Mark an Schultz überwiesen worden sind. Beim Amtsgericht in Landsberg sind in der Zeit vom 2. Mai bis 8. Dezember insgesamt 1320 Mark für Schultz eingezahlt worden. Das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen hat den Verdacht einer strafbaren Begünstigung bisher nicht bestätigt. Das Verfahren ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Nachricht, daß Herr Meier von Herrn von Zenge 5000 Mark bekommen hätte, ist nach den bisherigen Ermittlungen nicht bestätigt.

### Die Beteiligung an den Mordtaten.

Auf eine Anfrage, ob Oberleutnant Schultz der Beteiligung an den Fememorden verdächtig ist, antwortet Oberjustizrat Würtz: Der Oberleutnant Schultz ist 1. an der Ermordung des Zeitfreiwilligen Greschke beteiligt, 2. an der des Zeitfreiwilligen Braun, 3. des Leutnants a. D. Richard Jank, 4. des Feldwebels Gedicke, 5. an der Ermordung eines dem Namen nach bis jetzt noch Unbekannten, 6. an der Ermordung des Leutnants a. D. Sami, 7. an der Ermordung des Feldwebels Wilms und 8. an der Ermordung des Legner. Alle diese Morde haben sich um die Mitte des Jahres 1923 ereignet.

Über die Beteiligung deutschnationaler Abgeordneter an den Fememorden äußert sich der Referent: Ich kann jetzt nur sagen, mir ist bisher darüber nichts bekannt. Ob irgendein Verdacht in dieser Richtung aufgetaucht ist, kann ich natürlich nicht sagen. Über die Quelle der von Rechtsanwalt Sack und v. Oppen an die Gerichtskasse zur Verbesserung der Verpflegung der Fememörder gezahlten Gelder ist noch nichts bekannt, weil